



NIEDERSCHRIFT

über die 23. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 08.11.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 18:40



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Michael Schreiner

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Dr. Hannes Kopf

ab TOP 5 ö.S. 17.45 Uhr

Florian Maier

Günter Scharhag

Michael Scheid

Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller



Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Andrea Heß

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt

Pfeffer und Salz

Jakob Wagner

AfD

Jürgen Sauer

ALFA

Georg Schmalz

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Gregor Hayn	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Roland Schneider	(Projektgruppe Landau baut Zukunft)
Irmgard Weis	(Projektgruppe Landau baut Zukunft)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Sandra Diehl	(Leiterin Pressestelle)
Dorothea Müller	(Ortsvorsteherin Mörzheim)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD



Prof. Peter Leiner

Aydin Tas

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Maroc

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende würdigte Ratsmitglied Rudi Eichhorn, der die Freiherr-vom-Stein-Plakette erhalten habe. Dies sei die höchste Auszeichnung für Kommunalpolitiker im Land Rheinland-Pfalz und werde nur alle 3 Jahre verliehen. Er sei seit 37 Jahren kommunalpolitisch aktiv, als Mitglied des Stadtrates, des Ortsbeirates Nußdorf und auch lange Jahre als Ortsvorsteher in Nußdorf. Dies sei eine besondere Anerkennung und Würdigung wert.

Ratsmitglied Eichhorn erinnerte an einen Satz des früheren Oberbürgermeisters Walter Morio: „Die Ehrung ist die Poesie der Pflicht“. Er habe in all den Jahren immer mit Spaß und Freude seine Pflicht getan. So freue er sich über die Ehrung und über den Vorschlag, den die Verwaltung gemacht habe.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen; Resolution "Personelle Verstärkung der Polizei"
Vorlage: 101/340/2016
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aufstockung des Vollzugsdienstes
Vorlage: 101/341/2016
4. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Schaffung zusätzlicher Parkraumkapazitäten im Innenstadtbereich
Vorlage: 101/338/2016
5. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Barcelona-Erklärung: CETA, TTIP und TISA stoppen
Vorlage: 101/339/2016
6. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Erarbeitung eines Gewalt- und Kriminalpräventionskonzeptes
Vorlage: 101/342/2016
7. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Weitere Ausweitung der Außenbewirtschaftungszeiten
Vorlage: 101/343/2016
8. Neubesetzung des Schulträgerausschusses
Vorlage: 100/212/2016
9. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Willi Schmitt
Vorlage: 100/207/2016
10. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Ulrich Kopplow
Vorlage: 100/208/2016
11. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Wolfgang Bergemann



Vorlage: 100/209/2016

12. Initiative Landau baut Zukunft; Richtlinien für die Vergabe von Wohnbaugrundstücken in den Stadtteilen im Einheimischenmodell
Vorlage: 040/005/2016
13. Neuregelung § 2b UStG und mögliche Auswirkungen auf die Stadt Landau
Vorlage: 220/016/2016
14. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 230/291/2016
15. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau-Süd“ (Estienne et Foch) - Verlängerung der Ausfallbürgschaft für die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (DSK)-
Vorlage: 240/055/2016
16. Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: 300/124/2016
17. Vergabe der Prüfung des Jahresabschlusses für das Gebäudemanagement Landau für die Jahre 2016 - 2019
Vorlage: 820/203/2016
18. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Irion teilte mit, dass die Staatsanwaltschaft das von der Stadt angestrebte Verfahren gegen ihn wegen Verleumdung eingestellt habe.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen; Resolution "Personelle Verstärkung der Polizei"

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Oktober 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Die Geschichte sei weitgehend bekannt, Auslöser sei der Bericht von Herrn Sommerrock im Stadtrat gewesen. Nach seinen Ausführungen müsse die Polizei Prioritäten setzen, weil sie nur zu 91 % mit Personal ausgestattet sei. Hinzu kämen durchschnittlich 200 Überstunden pro Polizeibeamten. Der von den beiden Fraktionen vorgelegte Resolutionsentwurf sei ein neuer Versuch eine gemeinsame Linie zu finden. Kern der Resolution sei es, nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern sich selbst in die Pflicht zu nehmen. Man wolle den Vollzugsdienst bei der Stadt aufstocken, wobei er nicht wisse in wie weit dies die Polizei entlaste. Natürlich wolle man auch das Land an seine eigenen Vorgaben erinnern, zumindest die Sollstärke zu erreichen. Dem jetzt vorgelegten Entwurf sollte eigentlich jeder zustimmen können.

Ratsmitglied Thiel stellte fest, dass der heute vorgelegte Resolutionsentwurf nur unwesentlich von der Verwaltungsvorlage abweiche. An dieser Neufassung sei die SPD-Fraktion nicht beteiligt worden, daher werde man diese ablehnen. Als Stadt könne man nämlich selbst etwas tun, um Abhilfe zu schaffen. Daher auch der Antrag seiner Fraktion zur Schaffung von 2 zusätzlichen Stellen im Vollzugsdienst. Man müsse nicht unbedingt einen zweiten Reiter auf ein Pferd setzen, das bereits geritten werde.

Ratsmitglied Hartmann unterstrich, dass man sich schon seit einigen Monaten mit diesem Thema beschäftige. Dieses Thema sei nicht geeignet, um es landespolitisch auszuschlachten. Der jetzt von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Entwurf sei besser als das, was man vorher gehabt habe. Es seien einige neue Punkte hineingekommen. Er bitte die SPD-Stadtratsfraktion sich wenigstens zu enthalten und nicht dagegen zustimmen.

Ratsmitglied Freiermuth fände es gut, wenn man die Resolution einstimmig verabschieden könnte. Als man noch zeitlich nah bei den Ereignissen in Mörlheim gewesen sei, sei man sich emotional einig gewesen. Jetzt ziehe man sich immer mehr auf irgendwelche politische Dinge zurück. Mit der Resolution sollte man Zeichen setzen, um nichts anderes gehe es. Junge Polizisten würden regelrecht verbraten. Auch für diese sei es wichtig, gemeinsam ein Zeichen zu setzen.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass sich die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion bei der Abstimmung enthalten werde. Eine Aufstockung auf Sollstärke halte er absolut für sinnvoll. Aber 40 zusätzliche Stellen seien eine Hausnummer, die er nicht nachvollziehen könne. Dies sei dann in der Tat Sache des Landes.

Ratsmitglied Marquardt unterstrich, dass es wohl Fakt sei, dass eine Menge Überstunden aufgelaufen seien. Diese seien mit dem vorhandenen Personal nicht abzubauen. Daher werde er der Resolution zustimmen.

Ratsmitglied Volkhardt gab eine persönliche Erklärung ab. Er sei selbstverständlich für die Aufstockung bei Polizei und Ordnungsabteilung. Allerdings halte er es für kontraproduktiv, die Polizei auf Kosten der Stadt zu entlasten. Er werde sich bei der Abstimmung enthalten.

Ratsmitglied Scheid widersprach der Darstellung, dass dies 40 Stellen für Landau seien. Dies sei so nicht ganz richtig, denn es sei die Zahl für den gesamten Bereich der Polizeidirektion Landau. Zudem würden die Polizisten bei der Regelarbeitszeit Minusstunden machen und keine Überstunden. So seien die Schichten eingeteilt. Das Land tue etliches zur Verstärkung der Polizei. Da die Dinge schon im Rollen seien, werde er sich enthalten.



Der Vorsitzende stellte klar, dass man nur den Resolutionstext beschließe. Dieser gehe so an das Land. Er wolle deutlich machen, dass die Stadt die Polizei nicht von ihren originären Aufgaben entlasten könne.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 26 Ja,- 8 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen:

den von den Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Entwurf einer Resolution zur „Personellen Verstärkung der Polizei“ und beauftragt den Oberbürgermeister, die Resolution an das Land weiterzuleiten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Aufstockung des Vollzugsdienstes

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24. Oktober 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Thiel begründete den Antrag. Man wolle erreichen, dass beispielsweise nächtliche Ruhestörungen und der ruhende Verkehr besser überwacht werden können. Durch die Ausweitung der Stunden werde es dann möglich sein, auch in den Nachtstunden und am Wochenende präsent zu sein. Dies werde auch in den sogenannten Angsträumen einen Anstieg des Sicherheitsgefühls bewirken. Die Effizienz der Maßnahme sollte zeitnah überprüft werden.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Aufstockung des Vollzugsdienstes um zwei Stellen bereits im Haushalt veranschlagt sei. Er wolle klar stellen, dass der Vollzugsdienst nicht für den ruhenden Verkehr zuständig sei.

Ratsmitglied Lerch war der Meinung, dass die SPD mit diesem Antrag mit vollem Karacho offene Türen einrenne. Der Antrag sei unnötig, die Sache sei durch.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass die FWG-Stadtratsfraktion diesem Antrag zustimmen könne.

Ratsmitglied Wagner stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Antrag ebenfalls zu.

Eine Abstimmung über den Antrag erfolgte nicht, da er bereits im Haushaltsentwurf umgesetzt ist.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Schaffung zusätzlicher Parkraumkapazitäten im Innenstadtbereich

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 20. September 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Das Thema Verkehr sei immer wieder Thema im Stadtrat. Es gehe mit dem Antrag lediglich um eine Effizienzsteigerung vorhandener Ressourcen, um den Parkdruck etwas abzumildern.

Der Vorsitzende erläuterte, dass dies ein Prüfauftrag sei, über das Ergebnis der Prüfung werde man im Hauptausschuss berichten. Den Parkplatz Friedrich-Ebert-Straße halte er für unproblematisch, beim Parkplatz des Finanzamtes dürfe es wegen des Parkhauses schwieriger werden.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Prüfauftrag zustimmen werde. Eine Öffnung des Parkplatzes in der Friedrich-Ebert-Straße halte er durchaus für sinnvoll. Beim Parkplatz Finanzamt sehe er das kritischer. Hier müsse man prüfen, wie sich dies auf das Parkhaus auswirke.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Zur Schaffung zusätzlicher Parkraumkapazitäten im Innenstadtbereich wird die Verwaltung beauftragt:

- 1. Die Öffnung des Parkplatzes beim städtischen Gebäude Friedrich-Ebert-Straße 3 für die Bürgerinnen und Bürger an Samstagen zu prüfen. Hierbei ist eine Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen.**
- 2. Mit den Verantwortlichen des Landauer Finanzamtes zu klären, ob die Öffnung der beim Finanzamt befindlichen Parkflächen ebenfalls als öffentliche Parkfläche an Samstagen genutzt werden können. Die Regelung könnte sich an der in Speyer zwischen der dortigen Stadtverwaltung und dem Finanzamt gefundenen Lösung orientieren.**
- 3. Das Ergebnis des Prüfauftrages wird dem Hauptausschuss vorgelegt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Barcelona-Erklärung: CETA, TTIP und TISA stoppen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 21. Oktober 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Im letzten Jahr habe man sich auf Antrag der SPD mit diesem Thema befasst und mit breiter Zustimmung eine Resolution verabschiedet. Nun gebe es seit einiger Zeit die "Barcelona-Erklärung", der sich bereits mehrere europäische Kommunen angeschlossen haben. Dies sei nun die Gelegenheit, sich erneut als Stadt Landau entsprechend zu positionieren.

Ratsmitglied Lerch bezweifelte, dass jeder wisse über was er hier abstimme. CETA sei bereits vom Tisch, da es bereits abgeschlossen sei. Die CDU-Stadtratsfraktion werde sich mehrheitlich enthalten.

Ratsmitglied Dr. Blinn erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion nicht einheitlich abstimmen werde. Über den Sinn von Resolutionen lasse sich sicherlich trefflich streiten. Hier gehe es um das kommunale Selbstverwaltungsrecht, dass durch die Verträge zumindest in Frage gestellt sein könnte. CETA sei auch keineswegs vom Tisch, denn es fehle noch der Ratifizierungsprozess.

Ratsmitglied Freiermuth teilte mit, dass die FWG-Stadtratsfraktion ihre Probleme mit der Erklärung habe. Seine Fraktion werde auch unterschiedlich abstimmen.

Ratsmitglied Marquardt war der Meinung, dass bei diesen Abkommen Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg getroffen werden. Schon deshalb müsse man der Erklärung zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 18 Ja,- 2 Nein-Stimmen und 21 Enthaltungen:

Die Stadt Landau schließt sich der „Barcelona-Erklärung“ vom 21. April 2016 an und bekräftigt ihre ablehnende Haltung zu TTIP, CETA und TISA, wie sie in der Resolution von 2014 erklärt und setzt sich auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass diese Verträge nicht ratifiziert werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Erarbeitung eines Gewalt- und Kriminalpräventionskonzeptes

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 31. Oktober 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Aus seiner Sicht reiche es nicht aus, nur Polizei und Ordnungsabteilung aufzustocken. Es gehe vielmehr darum, Gewalt bereits in ihrer Entstehung einzudämmen. Hierfür gebe es sicher unterschiedliche Möglichkeiten. Man wolle der Verwaltung den Auftrag geben, zu prüfen, was bereits an Maßnahmen vorhanden sei oder wo noch Förderungen möglich seien. Es gehe dabei um eine umfassende Analyse jenseits von Stellenmehrungen.

Der Vorsitzende unterstrich, dass eine umfassende Analyse jenseits von Stellenmehrungen aus Sicht der Verwaltung ein Widerspruch in sich sei. Man habe im Moment keine Kapazitäten, um ein solches Konzept zu erstellen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen könne man gerne über kriminalpräventive Maßnahmen sprechen. Das, was in diesem Antrag vorgeschlagen werde, sei ohne Stellenmehrung und Haushaltstitel nicht leistbar. Dann brauche man aber auch einen entsprechenden Deckungsvorschlag.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die Intention des Antrages durchaus nachvollziehbar sei. Er halte aber den Antrag für zu schwammig und für nicht schlüssig. Man müsste dies in der Tat mit Fachleuten besprechen und erst einmal eine Ist-Analyse machen. Aus diesen Gründen hielte er einen Verweis des Antrages in den Präventionsrat für sinnvoll.

Ratsmitglied Thiel begrüßte für die SPD-Stadtratsfraktion die Intention des Anliegens. Prävention sei mit Sicherheit ein gutes Mittel, auf Gewalttätigkeit einzuwirken. Sie sei aber kein Allheilmittel. Im Antrag seien etliche haushaltsrelevante Forderungen enthalten, bei denen man erst mal die Realisierung klären müsse. Vielleicht wäre es aus diesem Grund sinnvoll, das Ganze im Präventionsrat vor zu beraten.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass der Antrag ein 360°-Rundumschlag sei. Grundsätzlich mache Prävention natürlich Sinn, aber man fange ja nicht komplett bei Null an. Dies, was hier gefordert werde, sei ein gigantischer Kostenfaktor.

Ratsmitglied Wagner war vom wesentlichen Inhalt des Antrags überzeugt. Er halte es aber für schwierig, dies alles umzusetzen.

Ratsmitglied Follenius-Büssow zeigte sich erschüttert über die Rückmeldungen zu dem Antrag. Es gehe darum zu schauen, was schon präventiv laufe und was evtl. noch machbar sei. Sie bitte darum, den Antrag nicht zu zerreden. Mit einem Verweis in den Präventionsrat sei man einverstanden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 31. Oktober 2016 zur Erarbeitung eines Kriminalpräventionskonzeptes wird in den Präventionsrat verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Weitere Ausweitung der Außenbewirtschaftungszeiten

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 31. Oktober 2016, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Kolain begründete den Antrag. Die Verwaltung habe berichtet, dass die Ausweitung der Außenbewirtschaftungszeiten sehr gut gelaufen sei. Es sei daher aus seiner Sicht die logische Konsequenz, den Antrag jetzt zu erweitern. Ziel sei es, in den drei Sommermonaten noch den Freitag auf Antrag freizugeben. Nach einem Jahr sollte man dann Bilanz ziehen, ob dies genau so problemlos laufe wie bisher.

Der Vorsitzende wies auf die gesetzlichen Regelungen hin zur geschützten Nachtruhe zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr. Die Regelung habe im letzten Jahr in der Tat gut funktioniert, wobei nicht alle Gaststätten teilgenommen hätten. Deshalb wolle man die bisherige Regelung fortsetzen. Dieser Antrag gehe nun deutlich weiter. Wenn man dies beschließe, könne dies nur versuchsweise sein und auf Antrag.

Ratsmitglied Lerch hielt den Antrag für nachvollziehbar. Innerhalb der CDU-Stadtratsfraktion gebe es unterschiedliche Meinungen, daher werde man unterschiedlich abstimmen. Er bitte allerdings, nach einer gewissen Zeit eine Evaluation zu machen und diese dem Rat mitzuteilen.

Ratsmitglied Schowalter fand den Antrag gut, die SPD-Stadtratsfraktion werde zustimmen. Die Verwaltung sollte die Gastronomen anschreiben, damit diese den Antrag auch stellen.

Ratsmitglied Freiermuth war der Auffassung, dass es ein Abwägungsprozess sei zwischen dem Bedürfnis in einer lauen Sommernacht draußen zu sitzen und dem Bedürfnis nach Nachtruhe für die Anwohner. Es sei ein Versuch, den man mal ausprobieren könne.

Ratsmitglied Wagner stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dem Antrag ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Bals begrüßte den Antrag. Er hätte es aber für besser gefunden, dies erst mal auf die 6 Wochen Sommerferien zu begrenzen. So bestehe das Risiko, dass man Gegenwind produziere.

Ratsmitglied Hartmann entgegnete, dass kleinere Schritte die Gefahr hätten, dass man stolpert.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 3 Enthaltungen:

Den Optionen zur Beantragung einer Sondernutzung für Außenbewirtschaftungsflächen wird eine weitere für die Monate Juni bis August bis 24 Uhr an Freitagen hinzugefügt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Neubesetzung des Schulträgerausschusses

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 31. Oktober 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat wählt

Frau Michaela Löbenbrück, Haingeraideweg 12, 76829 Landau in der Pfalz als Elternvertreterin

in den Schulträgerausschuss.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Willi Schmitt

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 11. Oktober 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Willi Schmitt, Speyerbachstraße 7, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner Verdienste im sozialen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Ulrich Kopplow

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 11. Oktober 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Ulrich Kopplow, Sandgasse 21, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner Verdienste im sportlichen und sozialen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Wolfgang Bergemann

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 11. Oktober 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Stadtrat verleiht Herrn Wolfgang Bergemann, An den Herrenäckern 2, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung seiner Verdienste in der Jugendarbeit die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Initiative Landau baut Zukunft; Richtlinien für die Vergabe von Wohnbaugrundstücken in den Stadtteilen im Einheimischenmodell

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Projektgruppe Landau baut Zukunft vom 28. Oktober 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion zustimmen werde.

Ratsmitglied Thiel teilte mit, dass auch die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde.

Ratsmitglied Lichtenthäler stellte fest, dass im Rahmen der Beratungen noch einige Dinge eingearbeitet worden seien. Kritisch sehe man das Kriterium „ehrenamtliches Engagement“, dies könne in der Praxis für Probleme sorgen. Dennoch könne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen. Er wolle aber klarstellen, dass damit nicht die Zustimmung zu Landau baut Zukunft verbunden sei.

Ratsmitglied Freiermuth begrüßte für die FWG-Stadtratsfraktion die Vorlage. Schön wäre es, wenn die Bürger jetzt auch ihre Grundstücke verkaufen würden. Landau sei in einem Jahr um fast 600 Personen gewachsen. Er finde es gut, dass diese 500 qm-Grenze gefallen sei.

Ratsmitglied Wagner stimmte für die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls zu.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dem Erlass der Richtlinie für die Vergabe von Wohnbaugrundstücken in den Stadtteilen im Einheimischenmodell zuzustimmen. Den Ergänzungen und Konkretisierungen zur Richtlinie, die von den Ortsbeiräten, im Rahmen der Ortsvorsteherbesprechung, in der Sitzung des Bauausschusses sowie in der Sitzung des Hauptausschusses eingebracht wurden, wird gemäß den in der Begründung aufgeführten Empfehlungen der Verwaltung zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Neuregelung § 2b UStG und mögliche Auswirkungen auf die Stadt Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Steuerabteilung vom 30. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. nach Empfehlung der beauftragten Wirtschaftsprüfungs- u. Steuerberatungsgesellschaft Mittelrheinischen Treuhand GmbH, die bisherige Regelung der Umsatzbesteuerung durch Optionserklärung für die Stadt und des Eigenbetrieb GML fortzuführen.**
- 2. für die Bürgerstiftung der Stadt Landau in der Pfalz nach Empfehlung der beauftragten Wirtschaftsprüfungs- u. Steuerberatungsgesellschaft, die bisherige Regelung der Umsatzbesteuerung durch Optionserklärung fortzuführen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2017

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 22. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordneter Klemm erläuterte die Vorlage. Man habe geringere Ertragserlöse beim Holzeinschlag. Das Betriebsjahr 2017 werde für den Forst dennoch ein erfolgreiches Jahr werden. Er danke dem bisherigen Leiter des Forstamtes Haardt, Herrn Wambsganß, für seine Arbeit. Man bedauere den Weggang von Herrn Wambsganß sehr.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2017 in der vom Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau-Süd“ (Estienne et Foch)
-Verlängerung der Ausfallbürgschaft für die Deutsche Stadt- und Grundstücks-
entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (DSK)-**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 26. Oktober 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Verlängerung der modifizierten Ausfallbürgschaft in Höhe von 11,0 Mio Euro für die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG (im Folgenden DSK genannt). Die in diesem Zusammenhang stehende bedarfsorientierte Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung soll um einen noch nicht verifizierten Betrag zurückgefahren werden, so dass die Ausfallbürgschaft zunächst höher bleibt als die Kreditsumme. Bei den Kreditkonditionen sollen mögliche Sondertilgungsoptionen vereinbart werden.

Die Verlängerung der Bürgschaft wird bis zum 31.12.2017 befristet.

Parallel hierzu wird die Verwaltung beauftragt, die gemäß § 104 Absatz 2 GemO erforderliche Genehmigung zur Verlängerung der Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) einzuholen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 15. September 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Lichtenthäler erklärte, dass es gut sei, dass die Ausschüsse in der Regel öffentlich beraten. Dennoch sollte der Rat auch in den Ausschüssen in der Sache ordentlich diskutieren und sich nicht nur gegenseitig belobigen.

Ratsmitglied Marquardt hielt diese Änderung für überfällig. Je früher die Bürger beteiligt würden, umso besser.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Änderungen der Geschäftsordnung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Vergabe der Prüfung des Jahresabschlusses für das Gebäudemanagement Landau für die Jahre 2016 - 2019

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Gebäudemanagements vom 10. Oktober 2016, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Vergabe der Prüfung der Jahresabschlüsse 2016 bis 2019 des Eigenbetriebes Gebäudemanagement Landau an die Dornbach GmbH, Koblenz zu den Preisen des Angebotes vom 29.09.2016 zu vergeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf die Bürgerinformationsveranstaltung zum Haushalt am 14. November 2016 um 17.00 Uhr im Ratssaal hin. Dies sei Ausfluss des neuen Landesgesetzes. Weiter wies er auf die Bürgerinformationsveranstaltung zu Landau baut Zukunft am 23. November 2016 um 19.00 Uhr in der Festhalle hin. Dort werde man die ersten Zwischenergebnisse vorstellen. Im Haushalt 2017 werde Landau baut Zukunft noch keine Rolle spielen, hierfür werde es einen eigenen Nachtragshaushalt geben. Er wies auf die Gedenkstunde zur Reichspogromnacht am 9. November hin. In diesem Zusammenhang berichtete er weiter über die Reise einer Delegation aus Landau nach Israel zur Einweihung des „Landauer Waldes“ in der Negev-Wüste.

Ratsmitglied Schwarzmüller wollte wissen, ob die beschlossene Stelle eines Bildungskordinators bereits besetzt sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass ihm noch kein Bewilligungsbescheid vorliege.

Ratsmitglied Follenius-Büssow sprach die Rodung der Bäume in der Godramsteiner Straße zum Neubau der Kindertagesstätte beim Bethesda an. Sie wolle wissen, warum?

Der Vorsitzende sicherte eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.



Die Niederschrift über die 23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 08.11.2016 umfasst 21 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 128.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter